

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.60 Goldmark, durch Flugposten ohne Belegkarte 1.40 Goldmark, durch Bahn 1.35 Goldmark, durch 40 Goldmark Flugpost. Einmalige Belegkarte 0.20 Goldmark. Die Anzeigen werden nach Anzeigen-Preisen berechnet. Die Zeit 0.21 Goldmark.

Neues in Kürze.

Verhandlungen und Radiotelegramme.

Zu dem Anfang nächster Woche beginnenden Kongress des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes in Berlin haben sich Delegationen der Beamtenvereinigungen aus Frankreich, Österreich und Holland bereits angemeldet. Es ist das erste Mal, daß Vertreter der ausländischen Beamten an einem Deutschen Beamtenkongress teilnehmen.

Der städtische Verwaltungsausschuß in Köln (Köln.) beschloß im Hinblick darauf, daß die Räumung der Stadt Köln von den Besatzungstruppen entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages zum 10. Januar nicht erfolgt, die städtischen Säle und Wirtschaften für karitative Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß alle Personen, die sich im öffentlichen Verkehr und alle Personen, die sich im öffentlichen Verkehr und alle Personen, die sich im öffentlichen Verkehr...

Die Regierungskommission für das Saargebiet hat das seit Sonntag, 8. Januar, in Saar-Gröden an der Saar und des Wödenbachtal, Saar-Gröden an der Saar und des Wödenbachtal...

Was bemerkt gewisse Nachrichten, daß die französischen Delegierten im Verlauf der Konferenz der deutschen Vertreter gewisse Zusicherungen bezüglich des Zollregimes für das Saargebiet für 1925 abgegeben hätten. Diese Nachrichten seien in allen Punkten falsch.

Im Zusammenhang mit der beobachteten Zunahme der Beteiligung des Privatkapitals am Warenmarkt werden jetzt in der Sonjunktions zum ersten Mal Aktienangelegenheiten ausschließlich mit Privatkapital und auch gemischt Aktienangelegenheiten unter Beteiligung von Privat- und Staatskapital gebildet. Die Regierung beabsichtigt das Statut einer privaten Aktienhandelsgesellschaften mit einem Kapital von 150 000 Rubel.

In Paris (Gegenwart) ist unter dem Namen Union-Raïce eine neue Partei gebildet worden. Ihre Kern besteht aus Juden, die der Partei Jagul Welshos ausgetreten sind. — Die Opposition gegen Jagul ist im Wachsen, da er als nicht einwandfrei lachlich gegenüber den englischen Bestimmungen gilt.

Neuer mehr aus Sagdad: Infolge der Kaufzüge der Anhänger von Sauds gegen verschiedene Stämme des Irak hat der englische Oberkommandant eine Strafexpedition englischer Flugzeuge gegen die Anhänger Sauds unternommen, wobei etwa 50 Mann und viele Kamele getötet wurden.

Nach einer Meldung aus New York hat der Vorsitzende des Kongressgerichts von New York entschieden, daß die britische Krone von einem amerikanischen Gerichtsinstanz verlagert werden kann. Es handelt sich um die Zustellung der Klage des Deutschen U. Wigger auf Unterwerfung von Aktien der amerikanischen Stahl-Korporation im Werte von 120 000 000 Pfund, die in England während des Krieges beschlagnahmt worden waren. Wenn Wigger den Erfolg gewinnt, werden wahrscheinlich hundert ähnlicher Prozesse anhängig gemacht werden.

Marinecheftrier Wilbur erklärte im Marineministerium des Marineministeriums, das Marineministerium wüßte zwar eine Flotte, die dem Stärkeverhältnis von 3:5 entsprechen, könne aber wegen der Sparmaßnahmen der Vermaltung das Programm einer Erhöhung der Tragweite der Geschütze nicht empfehlen und die schwebende 70-Millionen-Dollar-Vorlage für Neubauten nicht unterstützen.

Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte Staatssekretär Hughes in einem Schreiben an den Marineminister, daß die Vereinigten Staaten, Amerika und Japan stimmen darin überein, daß eine Erhöhung der Tragweite der Geschütze auf den amerikanischen Schlachtschiffen nicht gegen den Washingtoner Vertrag verstoßen würde, England aber vertreten die entgegengesetzte Ansicht.

Sturm im Reichs- und Landtag

Dr. Luther oder der Sozialist Müller fünftiger Regierungschef? / Marx verzichtet auf Regierungsbildung / Reichsminister Höfle tritt zurück / Ein unmöglicher Protest gegen die Nichträumung Kölns / Eine Regierung, die keine Regierung ist.

Reichspräsident Lohde und die Vizepräsidenten Dr. Kiepert und Dr. Sell statten getrennt dem Reichspräsidenten einen Besuch ab, um ihm offiziell von der Konstituierung des Reichstages, sowie der Neuwahl des Vorsitzenden des Reichstages zu machen und den Gruß des Reichstages zu überbringen. Der Reichspräsident dankte dem Präsidenten des Reichstages für die Mitteilung, erwiderte die Begrüßung und sprach seine aufrichtigen Wünsche für eine erfolgreiche Arbeit des Reichstages aus. — Vizepräsident Graf Thüringen (Deutschnational) hat sich geweigert, an der Vorstellung teilzunehmen.

Die Kabinettsbildung Marx gescheitert.

Reichsminister Marx begab sich am Freitag kurz nach 5 Uhr zum Reichspräsidenten, um nunmehr endgültig den Antrag zur Kabinettsbildung zurückzugeben.

Dieser Entschluß des Reichsfinanzlers ist zur Reife gelangt, nachdem die Deutsche Volkspartei erklärt hat, daß sie sowohl gegen ein nur aus Zentrum und Demokraten gebildetes Kabinett wie auch gegen den Fortbestand des jetzigen Kabinetts unter Ergänzung durch Staatssekretäre die schärfste Opposition machen werde. Nachdem auch die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftswerte sich ablehnend verhalten haben und auch die Minister Dr. Luther erklärt hat, daß er in einem nur durch Staatssekretäre ergänzten Kabinett nicht verbleiben werde.

Es wird nunmehr angenommen, daß der Finanzminister Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt werden wird.

Der Reichspräsident empfing im Laufe des gestrigen Abends den Reichsminister Dr. Stresemann, die Landtagsabgeordneten Dr. Schiele und Hermann Müller, und am späten Abend noch den Reichsfinanzminister Dr. Luther.

Wer bildet die Regierung?

Zu den Besprechungen des Reichspräsidenten mit Dr. Stresemann, den Führern der Deutschen Volkspartei, den Sozialdemokraten Hermann Müller, und dem Reichsfinanzminister Dr. Luther bemerkten die Wähler, aller Voraussicht nach werde Dr. Luther, der keiner Partei angehöre, jedoch dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei nahestehe, mit der Kabinettsbildung beauftragt werden. Laut „Lokalanzeiger“ dürfte Dr. Luther seine Aufgabe darin erblicken, ein fraktionell nicht gebundenes Kabinett der führenden Parteien zustande zu bringen. Es sei dem gleichen Blatt zufolge anzunehmen, daß er drei Persönlichkeiten in sein Kabinett aufnehmen wird, die den Deutschnationalen nahestehe. Reichsfinanzminister Dr. Stresemann würde einem solchen Kabinett ebenfalls angehören und man rechnet damit, daß dem Zentrum mindestens Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in der Regierung verbleiben würde.

Ob Dr. Luther die Bildung eines derartigen Kabinetts gelingen werde, kann voraussichtlich noch als zweifelhaft angesehen werden, da die deutschnationale Fraktion des Reichstages sich getrennt in einem Beschluß für die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts ausgesprochen hat, in dem sie selbst entsprechend ihrer Fraktionsstärke durch vier Herren vertreten sein wird.

Von den Wählern wird noch von einer zweiten Möglichkeit einer Regierungsbildung im Reich gesprochen, nämlich die Beauftragung des Sozialdemokraten Müller mit der Kabinettsbildung, der bereit sein würde, die Fortsetzung der Weimarer Koalition, (Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten) zu versuchen. Zu einem Kabinett Luther würde, wie die Demokraten und Sozialdemokraten betonen, Demokraten und Sozialdemokraten in schärfster Opposition stehen.

Erregte Auseinandersetzungen im Reichstag.

In der gestrigen Reichstagsitzung wurde die Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Höfle und Rosenbaum beschlossen.

Ueber den Reichspostminister Höfle kam es wegen seiner Beziehungen zu den Schiebern Barman zu erregten Auseinandersetzungen.

Der Abgeordnete Flemming (nat.-lib.) beantragt Herbeirufung des Ministers. Die Deutschnationalen und Kommunisten schloßen sich dem Antrag an, er wird gegen ihre Stimmen abgelehnt. Der Entwurf zur Herbeirufung des Postministers wird von der Tagesordnung abgesetzt, bis wieder ein Postminister und eine Regierung vorhanden seien. Der kommunistische Antragsantrag wird nach heftiger Debatte dem Reichsausschuß überwiefen.

Die nächste Sitzung soll bis nach Bildung einer Regierung vertagt werden, spätestens auf Mittwoch.

Der Sturm im Landtag.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Landtagsitzung stand als einziger Punkt: Räumung des Landtages gegen die rechtswärtige Verlängerung der Besetzung der ersten Zone des altbesetzten Gebietes im Westen.

Ein klägliches Protest gegen die Nichträumung Kölns.

Präsident Bartels eröffnete die Sitzung mit der Belehrung einer Protesterklärung gegen die Nichträumung der Kölner Zone. Die Abgeordneten, mit Ausnahme der Kommunisten, hören die Erklärung schweigend an.

Die Kommunisten unterbrechen schon die ersten Sätze mit lauten Rufen: „Steuern mit den politischen Gefangenen!“ „Ihr verschäufert uns an die Entente-Kapitalisten!“

In der Erklärung, die wiederholt mit Beifall und Begeisterung begleitet wird, heißt es: Die Alliierten haben mit ihrem Beschluß dem Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag versetzt und seine Hoffnung, jetzt endlich zu einer Konsolidierung der Verhältnisse zu kommen, erschüttert. Der Preussische Landtag schloß sich am Vorabend des Tages, dem großem Deutschland mit Trauer erfüllt, dem Protest der Reichsregierung vollinhaltlich an. (Beifall der Mehrtheit, Lärm b. d. Komm.).

Als hierauf der Ministerpräsident Braun das Wort erhält, verläßt die Abgeordnete der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei mit wenigen Ausnahmen, darunter Dr. Bremer und v. Richter, unter förmlichen Plutagen der Linken den Saal.

Ministerpräsident Braun erklärt u. a.: Die Preussische Staatsregierung schließt sich den Erklärungen des Landtagspräsidenten an. Hierauf nimmt der nat.-liberalistische Abg. Köhler das Wort; seine Ausführungen bleiben in dem allgemeinen Lärm jedoch im einzelnen unverständlich. Man kann aus ihnen nur einen Protest taggen entnehmen, daß Ministerpräsident Braun im Namen des preussischen Volkes gesprochen habe, obwohl er nicht neu gewählt worden sei. Schmährufe zwischen der Linken und Rechten.

Wie der Kommunist Kerff, der in einer Erklärung die Freilassung der politischen Gefangenen fordert, wird auch der deutschnationale Abg. Winder mit großem Lärm empfangen. Er erklärt, die Weisheit des Volkstages habe sich dagegen gewandt, daß bei der Räumung des Landtages der Chef des gegenwärtigen Ministeriums die Hauptrolle halte. Wegen der förmlichen Proteste ist von der Rede wenig zu hören. Das Bild ändert sich auch nicht, als

Abg. Walle (Nat.-Soz.) gegen die Nichträumung protestiert, aber den Parteien, die dem Dames-Gutachten zustimmen, das Recht zu einem solchen Protest abspricht. Der folgende Redner, Abg. v. Campe (D. Sp.) erklärt, daß das Ministerium sich den Beschlüssen des Volkstages nicht gefügt habe (lauter Widerspruch b. d. Soz.). Der Volkstagesrat habe die Regierung wissen lassen, daß der Landtag sich bei seiner Räumung auf eine Erklärung des Landtagspräsidenten beschränken wolle.

Das gegenwärtige Staatsministerium sei nur ein gefahrvolles und habe nicht das Recht,

politische Akte vorzunehmen. (Beifall und Widerspruch.)

Abg. v. Campe schließt mit den an den Ministerpräsidenten gerichteten Worten: Sie haben mit Ihrer Rede Zwiekratz getragen in das Deutsche Volk!

Die Rechtsparteien verlassen den Saal.

Als Ministerpräsident Braun sich zur Erwiderung erhebt, verlassen die Abgeordneten der Rechten, einseh. der Volkspartei, wiederum unter Plutagen der Linken den Saal.

Ministerpräsident Braun erklärt u. a., daß von dem erwähnten Beschluß des Volkstages der Regierung offiziell keine Kenntnis gegeben worden sei. — Die Unruhe dauert an.

Schließlich verläßt sich das Haus gegen 1/2 Uhr auf Mittwoch, 14. Januar, 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Und das nennt sich deutscher Parlamentarismus!

Hundert Jahre deutsche Sonntagsschule.

Am 9. Januar sind 100 Jahre verflossen seit dem Tage, an dem der junge gläubensstarke Piarre an der Dreifaltigkeitskirche zu St. Georg in Hamburg, Johann Wilhelm Kauteberg die erste deutsche Sonntagsschule auf kirchlichem Boden eröffnete. In seiner amtlichen Eigenschaft als Inspektor der Schulen seiner Gemeinden hatte er die ersehnte Wahrnehmung gemacht, daß ungefahr 1/3 aller unterrichtsfähigen Kinder ohne jeden Unterricht aufwuchs und daher mit 14 Jahren noch nicht buchstabieren, geschweize denn lesen und schreiben konnte. Der Schulmann wurde nämlich in Hamburg erst 1870 eingeführt. Die Früchte dieser Vermehrung blieben insbesondere auf dem religiösen Gebiet nicht aus. Das „mehr als heidnische Elend“ ließ Kauteberg keine Ruhe. Er nahm es daher als einen Pfand der Vorbereitung, als der Kaufmann J. G. Oden als Abgelander des englischen Sonntagsschulvereins ihn aufzuforderte, eine Sonntagsschule zu errichten und ihm als Beifuge für den ersten Anlauf 10 englische Pfunde, etwa 200 Mk. überreichte. Als Sonntagsschüler sollten Knaben und Mädchen von Anfang des 6. Lebensjahres an willkommen sein, die wegen der Armut ihrer Eltern keine Wochenlehre ausüben konnten. Der Unterricht in der Sandtrevillier Straße sollte sich auf Lesen und religiöse Unterweisung in Bibel, Katechismus und Gesangbuch erstrecken. Am 9. Januar 1825 konnte die erste Sonntagsschule mit etwa 60 Kindern eröffnet werden.

Die fruchtbringende Bedeutung dieser ersten Sonntagsschule besteht in der darin beschlossenen Idee einer Sonntagsschul-Mission unter den Kindern und ihren Eltern. Sie ist als die Keimzelle des Gesamtwerks der Inneren Mission in Deutschland zu betrachten, dessen großer Schöpfer J. H. Wichern als Mitglied des mit der Kautebergschen Sonntagsschule verbundenen Schulvereins den ersten Einblick in das jeitliche Elend der Hamburger Großstadtjugend gewann; den Schwerpunkt dieser Entwicklung bildete die Gründung des „Rauhen Hauses“. Aus dem kleinen Pflänzlein hat sich dann der Folgezeit der künftige Baum des deutschen Kindermissionswesens entwickelt, der in den verschiedensten Formen in Stadt und Land bis in das entlegenste Dorf aus dem Leben der deutschen Volkstage nicht mehr weggedenkt ist und in unserer Lage in den kirchlichen Feiern einer religiös wachgeronnenen Jugend neue verheißungsvolle Blüten treibt. Das jeitlich bedingte Gewand der Sonntagsschule wurde dabei, wie man wie z. B. in Württemberg den Namen beibehielt, abgetreift, es verlor mit Einführung des gesetzlichen Schulzwangs in ganz Deutschland sein Recht. Was übrig blieb und sich im Lauf eines Jahrhunderts liberal durchgeföhrt hat, ist die rein religiöse Erziehungsaufgabe.

Neute berechnet man die Gesamtzahl der Kindererzieherinnen und Sonntagsschulen in Deutschland auf 16 107 mit 81 850 Lehrkräften und 1 280 500 Teilnehmern.

Von der Pariser Konferenz.

Der englische Standpunkt über die französischen Schulden.

Der diplomatische Vertreter der Londoner Daily Telegraph führt über den britischen Standpunkt in der Frage der ältesten Schulden folgendes aus: Es werde nötig sein, die Regelung dieser Frage endlich zu gestalten, derart, daß bei einer Zunahme der deutschen Leistungen in Folge des Dames-Abkommens die Ansprüche an die ältesten Schulden entsprechend vermindert, und bei einem Sinken dieser Leistungen unter die vorerwähnte Höhe der Beträge entsprechend erhöht werden.

Hierdurch unterscheidet sich die jetzige britische Auffassung von den Vorschlägen von Rams und Curzon, worin eine Verminderung der ältesten Schulden auf einen festen Prozentsatz angeboten war, ohne das eine Schuldverpflichtung gegen eine mögliche Nichtzahlung der angemessenen britischen Reparationsquote durch Deutschland getroffen worden wäre. Die Umstände seien aber jetzt andere als damals. Rams Vorschlag bezweifle, die Franzosen von dem Vortragsmäßig abzugeben. Curzon Vorschlag zielt dahin, ihren Rückzug aus der Ruhr zu veranlassen. Beide Vorschläge seien von Bonnet abgelehnt worden und hierin liege die Begründung für ihre letzte Abänderung.

Der Vollzugsausschuß der britischen Handelskammern hat eine Entschlossenung angenommen, in der er keine Auffassung niedersagt, daß eine gerechtere Regelung der ältesten Schulden an England und großer Dringlichkeit sei.

Der Pariser Korrespondent der Londoner Times bemerkt zu der Finanzkonferenz, daß der Hauptpunkt betreffend die Rücknahme bisher nur geringe Aufmerksamkeit gefunden worden ist. Es sei für die Alliierten verhältnismäßig leicht, festzustellen, wieviel in bar und in Gütern durch die Ruhrbesetzung erlangt wurde, aber die Entscheidung darüber, wieviel Deutschland zurückgeschickt werden soll, ist eine andere Angelegenheit, die nur in Beratungen mit der deutschen Regierung geregelt werden könne. Bis jetzt sei noch kein Anzeichen vorhanden, wann dies geschehen werde.

America und die Schuldenkonferenz.

Eine Meldung aus Washington besagt, wenn auch die Vereinigten Staaten auf dem Standpunkt verharren, daß sie nicht an einer internationalen Schuldenkonferenz teilnehmen würden, so befinden sich doch zahlreiche Amerikaner, daß sogar die offizielle Haltung sich vielleicht ändern würde, wenn eine solche Konferenz sich auf die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich beschränkt.

Die Washingtoner „Evening Gazette“ bemerkt, die Nachricht von einer Veränderung in der Haltung Amerikas ist bedeutungsvoll, weil die amerikanische Regierung es bisher abgelehnt habe, an einer allgemeinen Erörterung der Schuldenfrage mit Europa teilzunehmen. Man beginne jetzt einzusehen, daß Schulden- und Reparationsfrage miteinander verknüpft seien.

Eigenartiges Wahlrecht in Italien

Rom, 10. Januar. Der parlamentarische Ausschuß für die Reformen des Wahlgesetzes hat gestern einstimmig dem neuen Text des Wahlgesetzes angenommen.

Wie Tribuna erzählt, soll das Wahlrecht für die Wahl der Regierung unter Ausscheidung der Berufstätigen des Vermögens der Wahlberechtigten erklärt hat, darin bestehen, daß bei Wahl einer Mittelschule eine zweite Stimme, einer Hochschule eine dritte Stimme, für leitende Funktionäre eine vierte und für Familienmitglieder mit 4 Kindern eine fünfte Stimme zugewiesen werden soll.

Das Wahlrecht, daß die Feststellung dieser Wahllisten bei 12 Millionen Wählern 4 Monate dauern werde und außerdem bei Anwendung des Wahlverfahrens schwer durchführbar wäre, wenn man nicht mehrere hundert verschiedene Wahlstellen einer Wahlkommission schenken würde.

Innenpolitik und Barmat.

Reichsminister Hölle und der Barmatprozeß.

Der Reichspräsident hat den Reichspostminister Dr. Hölle auf dessen Antrag von dem Amt des Reichspostministers und des Reichsministers für die besetzten Gebiete entbunden. Die Zeitungsmeldungen, wonach gegen weitere Beamte, besonders den Reichspostminister Dr. Hölle, den Ministerialdirektor Dr. Abegg, den Polizeipräsidenten Richter und dessen Privatsekretär Stöder, von der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sei, treffen, nach einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes, nicht zu. Damit erledigte sich auch die Meldung von der Abberufung des Polizeipräsidenten Richter.

Wie unsere Berliner Schriftleitung hierzu erzählt, handelt es sich in der Tat um kein Ermittlungsverfahren. Anlage jedoch um die genannten Herren in die Barmat-Affäre verwickelt sind.

„Das Zentrumorgan „Germania“ nimmt zu den Beschuldigungen gegen führende Zentrumsmittglieder Stellung, indem es besonders die Beteiligung des früheren Reichsfinanzministers Wirth an dem größten deutsch-russischen Holzunternehmen Holzga A.-G., an der größten deutschen Industriellen ebenfalls beteiligt ist, als durchaus einwandfrei darstellt. Ferner teilt das Blatt mit, daß das Zentrum einmütig der Einziehung eines Unterlingsausweises für die Prüfung der gegen Reichspostminister Dr. Hölle und dem Zentrumsgewerbetreibenden Vange-Gegeermann erforderten Vorwurfs zugestimmt habe und den größten Wert darauf lege, daß die Angelegenheit völlig geklärt und Schuld oder Unschuld der Beteiligten ganz einwandfrei festgestellt werde.

Der Antrag hat geltend die Einziehung eines aus 15 Mitgliedern bestehenden parlamentarischen Ausschusses zur Prüfung der Beteiligung von Reichsstellen an der Barmat-Affäre beschlossen.

Barmat und Seevering.

Der Preussische Minister des Innern Seevering läßt folgendes mitteilen:

Unsermlich einer in den Akten befindlichen kurzen Aufschrift an den zuständigen Referenten des Ministeriums des Innern vom 23. November 1920 ist der Minister Seevering von einem hervorragenden Mitglied eines früheren Reichskabinetts gebeten worden, sich dafür zu interessieren, daß der Familie eines Herrn Barmat von der holländischen Gesellschaft bei einer Durchreise von Rußland durch Deutschland nach Holland keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden, die Familie bestesse aus vier Erwachsenen und drei Kindern.

In gleichem Sinne ist bereits mit dem Leiter der zuständigen Abteilung des Auswärtigen Amtes Verbindung aufgenommen worden. Dieser habe seine Zustimmung zu der Durchreise erteilt und gleichzeitig gebeten, dies auch von Preußen zu veranlassen. Dieser Bitte ist, wie in solchen Fällen üblich, stattgegeben worden in der selbstverständlichen Annahme, daß die dazu gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen. Der Erlaß Seeverings enthält die Voraussetzung, daß die betr. Personen sich im Besitz ordnungsgemäßer Ausweispapiere befinden. Barmat und seine Familie waren im Ministerium des Innern völlig unbekannt.

Das erwähnte Schreiben lautet:

Der Minister des Innern.

11. 4. 1921.

Berlin, den 24. November 1920.

Sofort!

Die Familie des der holländischen Gesellschaft angehörenden Herrn Barmat, bestehend aus vier Erwachsenen und drei Kindern, reist von Rußland über deutsches Gebiet nach Holland. In der Voraussetzung, daß die betreffenden Personen sich im Besitz ordnungsgemäßer Ausweispapiere befinden, stehen ihrer Durchreise durch Preußen keine Bedenken entgegen. Ich erlaube ergeben, die Grenzübergangsstellen gefälligst sofort entsprechend zu veranlassen und dafür zu sorgen, daß der Familie unter der bezeichneten Voraussetzung beim Grenzübertritt keine Schwierigkeiten bereitet werden. Ich umfahre Sie: A b b e g.

An die Herren Regierungspräsidenten in Osnabrück, Münster und Düsseldorf.

Barmat ist natürlich ein Mitglied der holländischen Gesellschaft gewesen. Es ist nicht zu verkennen, wie diese Behauptung in ein Schriftstück eines Ministeriums hineingelangt kann, auch ist dringend mündlich wert, zu erfahren, welches „hervorragende Mitglied eines früheren Reichskabinetts“ die Familie Barmat dem Minister Seevering empfohlen hat.

Ein Antrag der Deutschnationalen.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei des Preussischen Landtags hat gemäß des Art. 25 der Preussischen Verfassung folgenden Antrag im Landtag eingebracht:

Der Landtag wolle einen Untersuchungsausschuß von 35 Mitgliedern einsetzen zur Prüfung der Frage, ob und inwieweit bei der Gewährung der Staatsbankrotts an die Ruiters-Barmat und Michael-Rongere politische Momente oder unzulässige Beeinflussungen mitgewirkt und im öffentlichen Leben störend, besonders auch bezugnehmend Personen sich direkte oder indirekte Vorteile verschafft haben.

Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion hat im Hinblick auf die Aufhebung des Reichskabinetts zugunsten des Reichspräsidenten anlässlich des Magdeburger Urteils eine Interpellation im Reichstag eingebracht, in der dieses Vorgehen des Kabinetts als ein Eingreifen in ein schwebendes Verfahren bezeichnet wird, durch den ein Druck auf die Richter der Prüfungsinstant ausgeübt werde.

Die Nationalsozialisten bereiten einen Antrag an den Reichstag vor, der die Demission des Reichspräsidenten Ebert fordert.

Die Notwendigkeit einer nationalen Regierung.

Universitätsprofessor D. Schuster, M. d. L., schreibt in der Nationalliberalen Korrespondenz u. a.:

Die Welt sieht jetzt, daß die Deutschnationalen nicht hatten, wenn sie für ihre etwaige Mithilfe zur Annahme der Dames-Gelege eine Beteiligung an der Regierungsgewalt

forderten. Den sozialdemokratischen Gegnern, die ihrem Materialismus entsprechend die Forderung als „Aufheben“ und „Rippenpolitik“ hinzustellen beliebten, habe ich immer entgegengetreten, die Annahme der Dames-Gelege sei die folgenschwerste Entscheidung seit dem Verfall der Verträge, und es komme nicht nur darauf an, wie der Wortlaut dieser Gelege aussehe, sondern wie ihre Ausführung praktisch gehandhabt würde. Deshalb sei es durchaus pflichtgemäß, wenn die Deutschnationalen einen Regierungsanteil forderten, um damit an ihrem Teil eine gewisse Bürgschaft zu empfangen, daß mit dem Dames-Abkommen keine willkürliche „Erfüllungspolitik“ alten Stiles getrieben würde.

Wie richtig diese Warnung war, zeigt sich jetzt, wo man trotz des Dames-Abkommens diesen Vertragsbruch zumutet. Deshalb brauchen wir gerade jetzt eine moralisch starke Regierung. Die Deutsche Volkspartei weiß, was sie will, und braucht für ihren Willen keine Unterstützung. Aber in dem Reich der Wirklichkeit wünscht sie für ihre besonnenen nationalen Realpolitik die Unterstützung der zahlreichsten Kräfte der Deutschnationalen. Nicht aber ist es jetzt, auch der Deutschnationalen, nicht durch übermäßige Forderungen das Zustandekommen dieser Regierung ihrerseits zu gefährden.

Der Reichspräsident empfing gestern den Präsidenten der italienischen Organisation Professor Weismann und ließ sich von ihm über die Fortschritte des jüdischen Aufbaues in Palästina unterrichten.

Die sozialistischen Blätter machen den Vorschlag, daß, in das neue italienische Wahlgesetz die Bestimmungen einzufügen, daß jeder, welcher während des Krieges im österreichischen Exil war, bis zu 25 Jahren nach dem Krieges Ende Abwesenheit ausüben dürfe. — Der Vorschlag richtet sich gegen Deutsche und Slowenen und ist ein raffiniertes Mittel zur Rechtsmordung des weitaus größten Teils der Deutschen in Südtirol.

In Mailand wurden endlich einer Hausjuchung bei der anarchistischen Gesellschaft Status in zehn Beschäftigungen angenommen und mehrere Dokumente beschlagnahmt. Ebenso wurde dort das republikanische Parteistoff gelöst.

Während in Mailand bei der Partei die sozialistische Vereinsliste löst und einige Beschäftigungen vornahm, wurden von der Bevölkerung die Gassen zum Sturm geführt und die Vertreibung der Beschäftigten aus dem Gebäude vollzogen. Eine Abteilung Faschisten zerstörte die Menge ohne Schwierigkeiten.

Schirm-Heinzel

Schirm-Fabrik
Leipziger Str. 98/99 - Steinweg 19a

Schirm-Reparaturen
fachgemäß und preiswert

Walzen für Wringmaschinen, Stück von 3.50 M. an, für Heiss- und Kaltwasser. Gumm-Bieder, Gt. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

25 Bräute.

Ein Schelmestoma von Wilhelm Herber.

9. Fortsetzung. Radfahrer verboten.

Er verbeugte sich und murmelte den Namen Schmid.

Präulein Susanne betrachtete ihn sehr ernst mit einem Blick, der aus einem Gelehrten bezogen schien, und fragte durchaus dienstlich: „Sie müssen eine Tochter bei mir unterzubringen?“

Er klopfte hastig verständig und fuhr mit der Hand großartig nach oben und die Fremde seines Klammerschreies. „Ich habe noch niemals eine Tochter bekommen, das ist heute lebhaft bedauerlich“, sagte er galant hinzu.

„Ich habe auch keinen Sohn“, sagte er dann feierlich. „Ich war noch nie weder Gatte noch Vater.“

Unter ihren geschlossenen Wimpern leuchtete ungeachtet und ungeschien ein stiller Freudenstimmer.

„Sie kommen doch schließlich für einen Verwandten“, fuhr sie fort und legte freundliches Interesse in den Klang.

„Nein! Ich komme nur für mich.“ Er betonte das Wortchen so bringend, daß sie ein wenig errödete.

„Sie machte eine kleine, einladende Handbewegung. „Her Schmid?“

„Ich bin Hausknecht“, log er und legte sich gerade.

Susanne schaute, aber nicht und etwas misstrauisch.

viel Verständnis für vererbende Körperkunst und Seelenkunst, daß die geistige Schöpferin dieser vornehmen Jugendblüte vielleicht wenig gehen hätte, noch einen Schritt weiterzugehen.“

„Sie lautete sehr gepannt. „Es kommt auf den Schritt an“, dachte sie dabei.

„Ich weiß nicht, ob es in Ihren Lehren passen würde“, fuhr er behörden fort, der Bitte des gesellschaftlichen Anstandes einen weiteren Spielraum zugewinnen, in dem sich die Eigenart der jungen Damen voll entwickeln konnte.“

„Sie zog die Augenbrauen zu einer hohen Wulst zusammen. „Manche sind schon jetzt nur zu eigenartig“, sagte sie mit einiger Bitternis.

„Ich meine eben“, rief Wulstschmid lebhafter, „daß man diese Eigenart durch verfeinerten Anstand kändigen und veredeln würde, wie man auf einen wilden Hirnsaum ein Gezeckel phrokt. Ich bin ja auch Tanzlehrer.“

„Tanzlehrer!“

„Sie rief mit der langen Nase ein kühnes Lächeln in die Luft, durch das sie selbst lachte.“

„Wir haben bereits einen Tanzlehrer“, erklärte sie dann sehr abnehmend, „einen alten, unheimlich würdigen Herrn.“

„Weil er doch ich ist und so ist, daß sie soll war.“

„Dann verzeihen Sie!“ sagte er mit einer Mischung von zwei Dritteln Feindschaft und einem Drittel Mäherlichkeit. „Ich habe mich getäuscht. Ich habe geglaubt, Ihnen viel leicht irgend etwas sein zu können.“

Dabei schwebte er ihr ein Bündel wehmütiger Seelenstrahlen — Marie Troggenburg — in die Augen, daß sie köpfindig wurde und unendlich errotet.

„Ja, mir etwas sein?“ dachte sie lachend gar nicht. „Das ist doch etwas ganz anderes wie Tanz und Anstand für die Frauen!“

„Sie rang nach Worten, die Sage wieder heraufzuziehen.“

„Er aber — ein klaunder Psychologe, als er vielleicht selbst mußte — zog sich mit einer tabelligen Bedenkung gegen die Tür zurück — und sie hörte, noch vollkommen entsetzt, eine halbe Minute später das Haus der Knaden.“

„In jeder Saal geriet sich auf den Stuhl.“

„Da wäre er nun gewesen — er, der es hätte sein können, sollen, wollen — endlich einmal — in letzter Stunde — und sie hatte ihn dumm und roh hinzugeguckt.“

„Jetzt ist alles aus“, murmelte sie, sprang auf, ergriff den Hut, stülpte ihn verkehrt auf das Haar und wollte davonstürmen.“

„Über nein, was hätte ein Lehrer des Anstandes zu so wenig Anstand gesagt!“

„Sie pregte den Hut auf das Hintenstück und starrte in die Debe der Wüste Sahara, die an der Wand ihre geographische Länge und Breite ausgemalt. Dabei hatte sie die Vision eines verkommenen Tieres, das ihre Saal trug.“

„Wulstschmid aber ging vergnügt plätschend und sehr zufrieden mit sich hinab und beschloß, die Frucht, die heute noch hart und herbe war, ein paar Wochen in die Sonne zu legen und reifen zu lassen.“

„Er fauchte sich bei einem Optiker ein Einglas von Fensterkneben-Schwärze und Abte und die Möglichkeiten der Zukunft erwerbend, auf einer Anlagebank im Gebrauch dieses bedäurten Anziehungsmittels.“

„Gegen Abend trieb es ihn nach einer Winkelneise, wo er Gesinnungsgenossen suchte. Er konnte es sich trotz aller Sorgen nicht verlagern, unter gleichzeitige Sorgen

zu kommen — zumal er noch eine andere Pflicht damit verfolgte.“

„In der Ecke kimmerte ein Viehgeschicht, in dem er „Amerikaner“ erkannte. Der breitwellige Zuderbader mit dem sonderbaren Spitznamen war nach seiner Verbindung durchgebrannt und sah nun wüstenförmigen Dingen und Dingen hier — ohne Plan, was weiter.“

„Wie einen Schicksalsgegnenden sah er da den Präsidenten des „Siebengeleitens“ und wußte ihn lebhaft zu sich.“

„Weit war ja erheblich weniger entfernt. Aber er hatte Treue im Leibe und Solitärzähnegefühl. Außerdem war er doch aus im Inneren ein guter Kerl und ein stiller Pflichtenbesitzer, der Wölften um so lieber aufzutreten konnte.“

„So fanden den bald Bier und Speisen vor ihnen.“

„Amerikaner sagte in seiner süßen Weise, daß er wieder einmal ungeheuer misanthrop zu neuen fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Die Empörung darüber hatte ihn so mächtig gepackt, daß er über die Gerichtsstrepe herunter entfiel und in dem Saalmarktgebäude, das sich auf dem Plage vor dem Justizgebäude entzündete, untertauchte.“

„Über jetzt sah er ohne finanzielle und geistigen Mittel hier, jeden Augenblick gefaßt, gefaßt zu werden, wenn eine Maggia käme und Aufwache verlangte.“

„Wulstschmid lächelte bei sich über die Unwohlensheit seines Vereinsbruders. Wahrscheinlich, der verdient nicht anderes, als eingesperrt zu werden. War die Freiheit nicht zu nähern, bestand, was ihrer nicht würde.“

(Fortsetzung folgt.)